

Kultur



Die Bochumer Band Noizbleed macht den Anfang in unserer neuen Reihe *Support your Local Scene*, die regelmäßig regionale Acts vorstellt

Seite 2

Region



Reza Hashemizadeh aus Herne soll abgeschoben werden, weil er gegen das iranische Regime protestiert. Im Iran droht ihm der Tod

Seite 3

Theorie

Was vereint den Kirchentag mit den Theoretikern Pierre-Joseph Proudhon und Silvio Gesell? „Ein Antisemitismus im Wartestand“ – so Fabian Kettner

Seite 4



<http://bo-alternativ.de>



G8-Gipfel in Genua – 200.000 DemonstrantInnen zu Protesten erwartet Den Scheinkonsens brechen

Gipfel sind zwar in erster Linie Medienwirksame Zusammenkünfte mächtiger Staatsmänner, bei denen beschlossen wird, was ohnehin schon ausgehandelt ist. Dennoch sind sie bedeutsam, denn sie sind Symbole von Macht und Politik. Insofern kann auch der Protest nicht danach trachten, die Gipfel politisch zu beeinflussen. Er kann nur den imaginierten Konsens brechen und damit die Symbolik. (Wolf-Dieter Narr)

Spätestens seit den Protesten gegen den EU-Gipfel in Göteborg während des letzten Monats wird in der Presse über die Aktionen gegen das G8-Treffen in Genua spekuliert, ist von den verwegenen Plänen der Störern zu lesen. Ob nun der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) von angeblichen Anschlägen des internationalen „Top-Terroristen“ Osama Bin-Laden wissen wollte, oder italienische Sicherheitsexperten vom geplanten Abwurf HIV-infizierten Blutes sprachen, die GipfelkritikerInnen als „Polithooligans“ diffamiert wurden: viel Unsinn ist in die Welt gesetzt worden. Über die Motivationen der G8-GegnerInnen und die vielfältigen Protestaktionen, die in den nächsten Tagen stattfinden sollen, wie auch über die G8-Treffen selbst, war hingegen kaum etwas zu vernehmen.

Gegen Globalisierung?

Der seit den Protesten Zehntausender gegen die Tagung der Welthandelsorganisation (WTO) in 1999 Seattle bei jedem grösseren Gipfeltreffen der internationalen Herrschaftseliten, ob IWF, Weltbank oder das World Economic Forum (WEF), präsen- te Widerstand wird in den Medien zumeist als „Antiglobalisierungsbewegung“ bezeichnet – was bei genauerer Betrachtung mehr als fragwürdig ist. Denn die Aktionen wenden sich zwar gegen die neoliberalen Freihandelskonzepte, stellen jedoch selbst eine Art von Globalisierung dar: die Globalisierung sozialer Kämpfe. Es läßt sich eine neue Bewegungsdynamik erkennen, weltweit haben Menschen begonnen, sich mit den Welthandelsstrukturen, den Auswirkungen von Deregulierung, des Abbaus von Handelsbeschränkungen auseinanderzusetzen und einen Bezug zwischen Vorgängen in der internationalen Wirtschaft und ihrem eigenen Alltag herzustellen.

Seit den Demonstrationen anläßlich der WTO-Konferenz in Seattle, am 1. Mai in London und gegen die IWF/Weltbanktagung in im September des letzten Jahres in Prag schliessen sich immer mehr Menschen den sozialen Bewegun-

gen gegen die neoliberale, kapitalistische Wirtschaftspolitik an. Entgegen der Medienhetze über die angeblichen Polithooligans während der Aktionen gegen den EU-Gipfel in Göteborg war auch dort ein Bündnis von Gewerkschaften bis hin zu autonomen Gruppen aktiv, von der inhaltlichen Kritik an der EU-Politik fand sich jedoch nichts in der Berichtserstattung wieder. Lediglich über die von der schwedischen Polizei ausgelösten Krawalle war zu lesen und zu hören.

Die Proteste gegen das G8-Treffen in Genua in den nächsten Tagen werden vermutlich der größte soziale Protest seit langem werden. In Italien gibt es verschiedene starke soziale Bewegungen, allein 300-400 selbstverwaltete soziale Zentren, in denen sich verschiedene politische Zusammenhänge organisieren. Geprägt durch den Aufstand der EZLN in Mexiko, gründeten sich in den letzten Jahren mit Ya basta ein landesweites Netzwerk antikapitalistische, antirassistischer Gruppen und mit den „tutte bianchi“, den in weißen Anzügen, ihre Körper durch Polsterungen geschützt ihre Körper als Waffe einsetzenden eine neue, erfolgreiche Aktionsform. In Genua selbst ist mit dem Genoa Social Forum ein Zusammenschluss von mehr als 300 Gruppen und Einzelpersonen aktiv, zusammen mit einem euro-

paweiten Vorbereitungstreffen wird es ein öffentliches Forum geben, auf dem wichtige soziale Fragen diskutiert werden sollen. Für den 19. Juli ist eine Demonstration für die Rechte von MigrantInnen und gegen rassistische Politik geplant, zu welcher über 20.000 Menschen erwartet werden. Zu einer internationalen Großdemonstration gegen die herrschenden Verhältnisse werden sogar bis zu 200.000 Menschen erwartet. Angesichts dieser Massen von DemonstrantInnen mußte die italienische Regierung ein ursprünglich geplantes Demonstrosationsverbot zurückziehen, 10.000 Sicherheitskräfte sollen die Kongresszone bewachen, die GipfelteilnehmerInnen werden sicherheitshalber auf einem Kreuzfahrtschiff untergebracht.

Da sich die etablierten Medien in ihren Berichten über die Gegenaktivitäten lediglich auf Auseinandersetzungen zwischen Polizei und DemonstrantInnen beschränken wird, die es wie die Provokationen der Polizei in Göteborg gezeigt haben – mit Sicherheit geben wird. Um eine wahrheitsgemäße Informationsmöglichkeit zu schaffen, ist deshalb in Genua ein unabhängiges Medienzentrum eingerichtet worden. Aktuelle Informationen sind unter <http://www.indymediagermany.org>, <http://www.gipfelsturm.net> oder auch <http://www.genoa-g8.org> verfügbar.

jas



Kontakt zur NPD in Recklingh. Satansmörder war NPD-Wahlhelfer

Der nach mehrtägiger Flucht in der Nähe von Jena zusammen mit seiner Ehefrau festgenommene Wittener Daniel Ruda hatte Kontakt zur neonazistischen NPD.

Dies ermittelte die Wittener Antifa bei ihren Recherchen zum politischen Umfeld des geständigen Mörders, so eine Presseerklärung. Bei diesen kam heraus, dass der 25-jährige tief in die organisierte Neonaziszene verstrickt ist. Nach Erkenntnissen der Antifa ist zumindest der 25-jährige D. Ruda seit langem in der neonazistischen Szene aktiv und verfügt über gute Kontakte zu führenden Personen des NPD-Kreisverbandes Recklinghausen. „Pikanterweise ist ein guter NPD-Kamerad von Daniel Ruda ein Mann, der wegen Mordes an einer 23-jährigen Frau im Jugendgefängnis saß. Es handelt sich dabei um den heutigen NPD-Kreisvorsitzenden von Recklinghausen, Wolfgang Kevering, der 1974 als 18-jähriger wegen dem Mord zu einer Jugendstrafe von 9 Jahren verurteilt wurde“, so der Sprecher der Antifa Witten, Bertram Koch. Kevering

ist seinen Worten zu folge zudem Herausgeber der NPD-Postille „Wir in NRW“, seine Frau Jutta Kevering sitzt im Landesvorstand der NPD.

Vor den Landtagswahlen 1998 stellte der Hertener Kevering unter anderem besagten Daniel Ruda als Wahlhelfer der NPD auf. Zusammen mit zwölf weiteren Kameraden findet sich Rudas Name auf einem Schreiben wieder, das Kevering im Namen der NPD an die Stadtverwaltung Herten schickte. Kurze Zeit später reiste Ruda laut der Erklärung der Antifa mit seinem Opel (RE-DR-166) zu der zentralen NPD-Wahlkampfkundgebung in Rostock. Der Kreisvorsitzende Wolfgang Kevering scheint ein Sammelpunkt für Mörder und Gewalttäter zu sein, so der Antifasprecher, denn er war gut befreundet mit dem wegen dreifachen Mordes verurteilten Gladbecker Neonazi Thomas Lemke.

Die Antifa fordert die Ermittlungsbehörden im Fall des Mordes von Witten nun dazu auf, endlich

Tacheles zu reden und das neonazistische Umfeld des mutmaßlichen Täters Daniel Ruda öffentlich zu machen. „Auch dem Bochumer Staatsschutz dürfte bekannt sein, dass immer mehr Neonazis sich in der sogenannten Dark-Wave- und Grutlife-Szene tummeln. Ein Blick in den aktuellen Verfassungsschutzbericht bestätigt das. Es kann nicht angehen, dass die Ermittler zwar die Existenz von Hakenkreuzen und SS-Ruhnen in der Mordwohnung zugeben, aber bei allen weiteren Dingen maulen. Die mutmaßlichen Täter als pathologische Fälle abzustempeln, ist verkürzt. Vielmehr spiegelt auch dieser Mord, wie der von Lemke, der behauptete im Namen Odins gehandelt zu haben, das Menschen verachtende Weltbild der neonazistischen Szene wieder“, sagt der Antifasprecher.

Die Flohmarkthallen

haben Di., Do. und Fr. geschlossen,

ABER
montags 10 bis 18 Uhr
mittwochs 10 bis 19 Uhr
samstags 10 bis 15 Uhr
GEÖFFNET!

Hermannshöhe 7 • 44789 Bochum • 0234/313191

Die G8-Treffen und ihre Konzepte Eine Welt des Wohlstands?

Verschwindend

Als „Schwinds letzter Paukenschlag“ kündigte die Ruhr-Uni eine Pressekonferenz des in Pension gehenden Jura-Professors an. Der ehemalige niedersächsische CDU-Landesminister wollte seine Karriere mit einem sozialen Touch beenden. Er schickte seine Studierenden los, das Problem der Obdachlosigkeit im Ruhrgebiet zu erkunden. Die RUB-Pressestelle: „Herausgekommen ist dabei ein sehr differenziertes Bild der Obdachlosigkeit im Ruhrgebiet: Die Bochumer Studierenden fanden heruntergekommene Unterkünfte und fehlende Unterstützung für Frauen und Jugendliche – dabei wächst deren Anteil unter den Obdachlosen.“

Wenn das kein Paukenschlag ist. „Damit’s auch ordentlich knallt, hat sein Team es mit den Details offenbar nicht so genau genommen,“ kommentiert dann auch die Bochumer SPD-Fraktion und nutzt die von Schwind eingeräumte „subjektive Sicht“ der Erhebenden, um sich ihrer angeblichen Anstrengungen auf dem Gebiet zu rühmen.

Die Passagen von Britta Läger, die die Daten für Bochum zusammengetragen hat, treffen den Kern. Sie erkennt in ihrer Beschreibung, dass mit der kürzlichen Schließung der zentralen Unterkunft für Obdachlose am Springerplatz ein Problem entstanden ist. Obdachlose wurden an den Stadtrand verfrachtet. Sie beschreibt subjektive Empfindungen der Betroffenen. Objektiv ist damit Obdachlosigkeit in der Innenstadt schwindend.

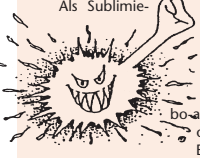
Die letzte Meldung vor den Ferien

Nach vier Testausgaben im neuen, allerchicsten Format – das allseits fieberhafte Begeisterungswellen hervorgerufen hat – geht die BSZ in die wohlverdiente Sommerpause. Lediglich eine Sommerausgabe am 8. August wird über die lange Dürre bis Anfang September hinweg helfen.

Als Sublimierung schlagen wir vor: Sommer – Sonne – Antifa (siehe Seite 3) oder Urlaub in Genua (siehe Seite 1 und 2), ab und an ein Blick auf bo-alternativ (siehe Seite 1) oder ein Ohr für Radio Bonte Koe oder URBO (U K W 98,5, Kabel 99,4); reflektierende Studien über Antisemitismus (siehe Seite 4) oder den ganzen Tag im Freibad hocken und Brauner Bär (siehe Seite 4) schlecken.

Alt & Neu

Die FachschaftsvertreterInnenkonferenz hat neue Sprecher gewählt: Dominik Ruppenthal (Sowi), vor längerer Zeit schon mal auf dem Posten, für ein halbes Jahr und Tillmann Frinken (Physik) für ein Jahr. Wir wünschen gutes Gelingen im Amte.



Das erste Treffen von Staats- und Regierungschefs der führenden (Wirtschafts-) Mächte fand 1975 aus Anlass der Ölkrise von 1973 statt.

Im Mittelpunkt der Zusammenkünfte standen von Beginn an Themen wie der internationale Handel, die Beziehungen zu den sogenannten Entwicklungsländern, Energiefragen, „Terrorismusbekämpfung“ sowie Arbeitsmarktpolitik, Informationstechnologien und „Innere Sicherheit“. Die nach den G8-Gipfeln abgegebenen Erklärungen haben dabei vor allem einen Richtlinienscharakter für die zukünftige Politik der teilnehmenden Staaten.

Wohlklingend wird in diesen beteuert, dass alle Menschen an den neuen Kommunikationstechnologien, am Wohlstand und Fortschritt teilhaben können. Auf der Tagesordnung des Treffens in Genua stehen dementsprechend die internationale Finanzpolitik,

eine Reform der Weltbank sowie die Armutsbekämpfung. Mag dies vielleicht auf den ersten Blick gar nicht so negativ klingen, so wird jedoch nach wie vor in der weiteren Liberalisierung des Welt Handels im Sinne einer neoliberalen Wirtschaftspolitik als das Nonplusultra zur Bekämpfung von Armut gesehen – mittlerweile ergänzt um Floskeln wie Demokratie-, Sozial- und Umweltstandards. Die Folge dieser Umstrukturierung ist für weite Teile der Weltbevölkerung erfahrungsgemäß eine drastische Verschlechterung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation. Den so genannten Entwicklungsländern in den letzten Jahrzehnten aufgezwungene Strukturanpassungsmassnahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF), richten ständig weitere Lebensbereiche nach der kapitalistischen Verwertungslogik aus. Vom grenzenlosen Wettbewerb profitieren dabei nur wenige privilegierte Segmente der Bevölkerung, für die Mehrheit bedeutet der Freihandel die Erhöhung ihrer Lebenshaltungskosten, die Verschärfung sozialer Widersprüche innerhalb der Gesellschaft.

Dabei besitzen die Treffen kein politisches Mandat. Von der Öffentlichkeit hermetisch abgeriegelt, werden für die Gipfeltreffen öffentliche Räume privatisiert, die Treffen mit einem martialischen Aufgebot von Sicherheitskräften geschützt – ein Paradebeispiel für die Informalisierung von Politik.

jas

Teil 1 Noizbleed



Ohne in übertriebenen Lokalpatriotismus abzudriften, muss mensch doch einmal ganz klar sagen – der Ruhrpott ist musikalisch ein recht umtriebiges Pflaster. Nein, wir reden hier nicht von einer verrauhten und namhaften Szenerie amsterdamer Jazzschuppen und auch nicht von musikalischen Eliteneinrichtungen. Dazu ist der Ruhrpott viel zu dreckig, viel zu erdig und sind seine Bewohner zu lässig ... anstatt sich hier groß anzustrengen und in die Fußstapfen von Miles Davis oder Ornette Coleman zu treten, schnallt mensch sich lieber die Gitarren um, trommelt den Staub von gemieteten Bunkerräumen oder baut den Turntable auf ...

Diesen kleinen, umtriebigsten und geschäftigsten Underground kann die bsz nicht länger ignorieren und startet hiermit die Reihe Support your Local Scene, indem allen Bands, Musikprojekten oder auch KleinkünstlerInnen ein kleines Forum geboten werden soll. Wir schreiben über eure Demos, Konzerte oder Projekte. Also schickt uns Material, was das Zeug hält, schließlich erwarten euch hier tausende LeserInnen! Und nun geht’s los mit ...

Prepare (Demo)
(Martin Zwiolok, Hermannstr. 30, 44791 Bochum)

Um Noizbleeds wahre Stärken und ganzes Wesen zu erfassen, sollte mensch sich die Band live ansehen, denn nur dort, auf den Brettern des Ruhms, wird einem klar, dass sie „New Metal“ nicht so programmieren, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Da hüpfen sie dann in weißen Ganzkörpertrampelanzeigen aus dem Baumarkt herum und tragen selbstgebastelte Masken, was die verbalisierte Aggressivität ihrer Musik so ulkig karikiert, dass sie gerade nur dadurch genießbar wird. Denn perfekt ist hier nichts – das ist weder hoch glänzendes Hollywoodentertainment in den Big-Foot-Stapfen von Limp Bizkit noch insze-

nierter kompakte Deftones-Zweigezweigung. In sehr solider Produktion groovt, rumpelt, rappt, gröhlt, bellt, schrammelt und poltert das recht ungehobelt vorwärts und wird gerade dadurch sympathisch, dass hier vom Fadenkreuz auf dem Cover bis hin zum Praktiker-Outfit auf der Bühne alle Zeichen irgendwo im Raum schwirren, aber auf keinen Fall ernst gemeint sind. Und nur so kann mensch New Metal aufziehen in einer Zeit, in der der Soundtrack zum Leben handypiepsender, rauchender, grimmig stierender Kids ist, die nicht aus Zufall Hosen tragen, die „I am egoiste“ heißen. Sympathische Band, deren augenzwinkernde Inszenierung allein es möglich macht, unbefangen die Bierdose zu schmeißen und beim sich aufwalenden Takt in den Moshpit zu springen, als hätte die Poptheorie niemals ein „Rockismus verboten!“-Schild auf die Wiese gestellt.

Oliver Uschmann



New Media ganz oll

Dass die mit so viel Trubel ins Rennen gegangene IT-Branche schon so schnell in die Krise käme, hat kaum jemand vorausgesagt. Doch sorgen die Schlagzeilen von der Krise kaum noch für Aufsehen – man hat sich daran gewöhnt. Dass hingegen die Chefs dieser Branche, die sich so ausdauernd wie vergeblich mit einem jugendlichen Image versehen, sich auch wie die alten Industriekapitäne aus dem Frühkapitalismus aufführen können, wollen immer noch viele nicht wahr haben; dummerweise eben auch jene, die unmittelbar betroffen sind.

Einer der Protagonisten im europäischen Wettbewerb, Adcore AB aus Schweden, wandelt seit seinem Börsengang im Juli letzten Jahres auf ganz herkömmlichen Pfaden. Die skandinavischen Internet-Agenturen Connecta und Data-Highway kauften in ganz Europa kleinere Agenturen auf, um sie nach weniger als einem Jahr wieder zu ver-

kaufen. So etwas geht selbstverständlich nie ganz ohne Kollateralschäden, wie es die neue Mitte formuliert hätte, über die Bühne. Hire- und Fire-Methoden sind in dem Geschäft inzwischen keine Seltenheit mehr; nur hat Adcore AB Deutschland (vormals Berens/Partner, Sitz: Düsseldorf) hier kürzlich eine besondere Variante hinzugefügt.

Die üblichen Beschäftigungen, als bekannt wurde, dass es bei Adcore-Niederlassungen in Italien, Frankreich u.a. zu Verkäufen und Entlassungen gekommen war, der deutsche Markt sei für Adcore auch zukünftig sehr bedeutsam, und folglich müsse niemand Angst um seinen Job haben, beruhigten die Gemüter im Hause nur schwach. Gar nicht viel später unterbreitete die Geschäftsleitung einigen KollegInnen merkwürdige Verträge: Hier wurde die sechsmonatige Probezeit verlängert, dort bot man nach Beendigung derselben dreimonatige Arbeitsverträge an. Zwischenzeitlich hatten einige KollegInnen über die Bildung eines Betriebsrats nachgedacht: Diese Information erreichte den Chef auch bald und einige Termine für die

Betriebsversammlung wurden ihm unterbreitet. Dieser ließ nichts von sich hören und beorderte hingegen alle Adcore’s zu einer Betriebsversammlung in ein Neusser Hotel.

Amerikanische Methoden um eine deutsche Selektions-Variante ergänzt

Die Geschäftsleitung toppte dann doch alle Befürchtungen. Bei der Ankunft im Dorint Hotel bekamen alle MitarbeiterInnen kleine Schildchen aus Revers gepappt. Diese sortierten die KollegInnen verschiedenen Räumen zu; auf Anfrage hieß es, es gäbe unterschiedliche Workshops. Doch bei Eröffnung der Betriebsversammlung kamen die Herren schnell auf den Haupttagungsort. Sie hätten unangenehme Maßnahmen, die laut Geschäftsleitung unumgänglich seien, durchzuführen. Adcore müsse sich von 50 MitarbeiterInnen trennen und zwar genau jenen, die auf ihren Labels die Raumbezeichnung Beethoven 4 hätten. Die so Herausgelesenen sollten auch gleich den großen Saal verlassen, um im Saal Beethoven 4 das Entlassungsschreiben in Empfang zu nehmen und die notwendigen Formalia zu erledigen.

Die Betroffenen ergaben sich zum größten Teil diesem Überfallkommando, allerdings nicht ohne zuvor einen Termin für ein Zusammentreffen zu vereinbaren für die Betriebsratswahl, die doch noch an den Start zu bringen sei. Spätestens als aus Schweden die Nachricht ins Haus kam, dass die internationalen Niederlassungen von Adcore allesamt verkauft würden, war einiges klar. Die Geschäftsleitung erklärte folglich, weitere Sanierungen, also auch Entlassungen, seien zukünftig nicht auszuschließen.

Betriebsversammlung

Die Betriebsversammlung wurde nun erst recht in aller gebotenen Eile einberufen. Hier erschienen immerhin

über 100 MitarbeiterInnen (von knapp über 200 in Düsseldorf und Neuss) und brachten das Procédere der Wahl mit der Berufung eines Wahlvorstandes nun offiziell in Gang. Einigen KollegInnen war auch hier nichts zu peinlich, um ihre grenzenlose Loyalität gegenüber den anwesenden Chefs zum Ausdruck zu bringen.

Die eigentliche Betriebsratswahl wurde für den 15. August angesetzt. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses ist die Zahl derjenigen, die eine Klage vor Gericht eingereicht haben, nicht bekannt. Sicher ist aber, dass einige KollegInnen ihre ehemaligen Chefs vor Gericht wiedersehen werden. Derweil ließ die Geschäftsleitung durchschimmern, dass sie auch zu deutlich besseren Abfindungen u.ä. bereit wäre, wenn nur die Verfahren zurückgenommen würden. Offenbar ist ihnen unangenehm, dass ihr unglaubliches Vorgehen bei Gericht attenkundig wird und sogar die Öffentlichkeit davon Wind bekommt.

GIDEON

Solidarität gewinnt

Wie der AstA der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (HHU) vergangenen Freitag bekanntgab, ist sein Mitarbeiter Christian Happ nicht länger von Beugehaft bedroht. Ende letzter Woche machte der zuständige Oberstaatsanwalt Mocken gegenüber AnwältInnen der Opfer eine entsprechende Zusage; bis dahin hatte er die Ängste der Opfer als ungerechtfertigt abgetan und den namentlich bekannten Opfern mit Beugehaft gedroht, wenn sie ihre unbekannte Begleitperson nicht nennen.

Der AstA der HHU Düsseldorf führt das Einlenken der Staatsanwaltschaft auf die von ihm gemeinsam mit antifaschistischen Initiativen durchgeführte Kampagne zurück, in der zu Protesten gegen die drohende Beugehaft bei der Staatsanwaltschaft aufgerufen wurde. Über tausend Menschen, Initiativen, und StudentInnenvertretungen hatten bis Freitag in Form eines offenen Briefes an den Staatsanwalt oder in Anrufen protestiert. „Und das sind nur die, die über uns liefen“, stellte ein Sprecher des AstA klar. Neben der prominenten Schlagertruppe Die Toten Hosen und dem studentischen Dachverband fzs protestierten zahlreiche StudentInnenvertretungen, darunter auch der AstA der RUB, verschiedene Gliederungen von Bündnis90/die Grünen, PDS, JuSos, DKP, VVN, JungdemokratInnen/Junge Linke, zahlreiche Betriebsräte und führende GewerkschafterInnen. Auch außerhalb Deutschlands fand der Aufruf zur Solidarität Zuspruch, Gewerkschaften und StudentInnenvertretungen u.a. aus Belgien und Spanien, aus Mexiko und Argentinien erreichten den Düsseldorfer AstA.

Kampagne erfolgreich – Skepsis geboten

Auch WissenschaftlerInnen stellten sich hinter die Forderungen des Düsseldorfer AstA, neben Wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der Philosophischen Fakultät der HHU unter anderem das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, zahlreiche GeschichtsschreiberInnen und selbst der Rektor der HHU.

Der Düsseldorfer Koordinationskreis antifaschistischer Gruppen Antifa KOK mahnt unterdessen zur Skepsis: „Der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft ist nicht zu trauen, sie verharmlost systematisch die neonazistische Gefahr und setzt die Opfer neonazistischer Gewalt Repressionen aus“, so Sprecherin Anna Names. Für den Fall, dass die Staatsanwaltschaft ihre Zusagen nicht einhält, ruft der Antifa KOK für Donnerstag Abend zu einer Demonstration auf. Und auch der AstA der HHU sammelt noch die ganze Woche Unterstützung für seinen offenen Brief.

<http://www.zakk.de/kok>
<http://www.uni-duesseldorf.de/WWW/AStA/asta.html>

Wir sind die Guten

Im Zentrum des Antisemitismus in der radikalen Linken stand seit den späten 70er Jahren die „Solidarität mit dem palästinensischen Volk“, wobei der militante Teil der linken Bewegungen auch Anschläge auf jüdische Gemeindeeinrichtungen, auf Orte der Erinnerung an den Holocaust und jüdische Friedhöfe nicht ausschloss.

Wer einen Einblick in diesen Aspekt der Geschichte der linken Bewegungen in der BRD erhalten möchte, ist mit dem von Irit Neidhardt und Willi Bischof herausgegebenen Buch *Wir sind die Guten* gut beraten. Durch Beiträge verschiedener AutorInnen und ergänzt um Dokumente wird der/die LeserIn über das Verhältnis der radikalen und militanten Linken zum Nahostkonflikt und insbesondere dem linksnationalistischen Spektrum der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) informiert. Besonders gelungen ist dabei eine in den sechziger Jahren beginnende chronologische Darstellung der Mitherausgeberin Irit Neidhardt zu diesem Komplex. Eine solche Zusammenfassung war schon lange fällig, denn in Deutschland meint, wie Irit Neidhardt herausstellt, jeder und jede durch geschichtliche „Verstrickung“ ein/e ExpertIn zum Thema Nahostkonflikt zu sein und das in der Regel auch noch zu Unrecht. Einzuwenden gegen diese Vorgehensweise wäre eigentlich nur, dass es zur Darstellung des Antisemitismus in der radikalen Linken einer Befassung mit dem Nahostkonflikt nicht bedarf, wenn der Umgang mit selbigem in Deutschland ganz generell als Projektion durchschaut wurde. Egal ob die *Bild*-Zeitung in den 60ern den israelischen Feldherren Mosche Dajan als „Rommel Israels“ oder die RAF denselben als „Himmler Israels“ bezeichnete – in beiden Fällen war der Nahostkonflikt nur Projektionsfläche für die deutsche Vergangenheit und er ist es letzten Endes für alle politischen Akteure in Deutschland geblieben.

Andere Autoren untersuchen die Antifaschistische Bewegung (Antifa) der 90er Jahre oder die Solidaritätsbewegung mit den kurdischen Separatistinnen. Bei ersterer gerät vor allem der „revolutionäre Antifaschismus“ in das Blickfeld, dessen Versuch, den Faschismus

einschließlich Nationalsozialismus und Holocaust in die allgemeine kapitalistische Unterdrückung einzusortieren, zu allerlei spektakulären Unfug führte, der zwar gut gemeint war, aber den Opfern des historischen NS nicht gerecht wurde oder gar Anknüpfungspunkte für antisemitische Interpretationen der Welt bot. Die „Kurdistan-Solidarität“ schließlich trug kritischen den von den kurdischen Exilstrukturen in Westeuropa ausgehenden Kurs mit und hinterfragte zum Beispiel nicht die antisemitischen Artikel des PKK-Führers Öcalan in kurdisch-nationalistischen Medien.

Damit hätte das Buch die wichtigsten Themenfelder, in denen sich Antisemitismus in der radikalen Linken aufzeigen lässt, abgedeckt und die selbstgestellte Aufgabe gelöst. Dem Konzept des Buches liegen allerdings einige Einschränkungen zugrunde: Zum einen sind, wie beim Lesen schnell auffällt und wie Herausgeber Willi Bischof bei einer Buchpräsentation in Essen auch bestätigte, die Autonomen gemeint, wenn von der radikalen Linken die Rede ist. Marxistische und (grün-)alternative Linke müssen also noch darauf warten, über die Schandaten ihrer Strömungen informiert zu werden. Dass es diese gab, ist unzweifelhaft, gerade die Palästina-Solidarität war zwei Jahrzehnte lang unbestrittener Konsens innerhalb der Linken bis hinein in kirchliche Kreise. Zum anderen richtet sich das Buch in erster Linie an die VeteranInnen und, so es sie denn irgendwo noch versprengt geben sollte, Aktiven der Autonomen. Um das Buch für Menschen zu erschließen, die nicht wenigstens in Grundzügen über die Geschichte dieser politischen Strömung, ihre Ziele, Handlungsfelder und Ansprüche informiert sind, hätte es wohl einer Einführung bedurft.

So dürfte die meisten Menschen etwa der Anlass für die Entstehung des Buches verblüffen, der in der Einleitung kundgetan wird: Angesichts der breiten Zustimmung, welche die Ausführungen Martin Walsers anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an ihn öffentlich kundtaten und die, grob gesagt, darauf hinausliefen, dass anonyme „Meinungssoldaten“ das Deutsche Volk mit dem Holocaust erpressten, machte die Belegschaft des Unrast-Verlages sich Gedanken über den „eigenen“ Antisemitismus. Verständlich ist dies wohl nur vor dem Hintergrund der in den Neunziger Jahren bei den Autonomen eingerissenen Praxis, die Berechtigung zu Kritik an Herrschaft und Unterdrückung an das politisch korrekte Verhalten des/der Kritisierten zu binden. Das Buch kann also auch als rituelle Waschung zum Zwecke der persönlichen Heiligung gesehen werden – nötig und sinnvoll ist es trotzdem.

Und es war ja auch ein sympathischer Zug an den Autonomen, dass sie die Reflexion über die Beteiligung jedes und jeder Einzelnen an der Erhaltung von Macht versuchten. Dennoch: Vielleicht hätte ja auch die Einsicht in die Tatsache der Existenz eines Antisemitismus in der radikalen Linken für ein solches Buch als Beweggrund reichen müssen – ohne den Aspekt einer Bußübung vor dem Zug in die Schlicht gegen Walser und die anderen Deutschen.

Aber zurück zum Inhalt: Alle, die nicht an objektive Berichterstattung glauben und die gerne wissen, wer und aus welcher Situation heraus einen Text verfasst hat, wird es freuen, dass die AutorInnen aus den Erfahrungen, aus denen heraus sie die Texte verfassten, keinen Hehl machen. Sie legen offen, wie sie zu ihren Schlussfolgerungen gelangen und kommen damit den Ansprüchen einer Wissenschaftlichkeit näher als es eine geistesgeschichtliche Studie zum Thema, am Ende noch angereichert durch die aus der universitären Soziologie stammende Herrschaftstechnik des name-dropping, es jemals könnte. Und soviel sei endgültig verraten: Die AutorInnen waren alle in autonomen Gruppen aktiv.

Sichtweise der AutorInnen repräsentativ

Die von den AutorInnen eingenommenen Sichtweisen auf die Geschichte der radikalen Linken dürfte mittlerweile repräsentativ für die wichtigste aus den Autonomen hervorgegangene politische Strömung, die Antifa, sein. Wüste Attacken auf die vom israelischen Staat in seinem Überlebenskampf vorgenommenen Menschenrechtsverletzungen etwa beschränken sich heute auf vereinzelte Kleingruppen.

Dass die AnhängerInnen der traditionellen Solidaritätsbewegungen ihre erstmals unangefochtene Stellung innerhalb der linken Szenen nicht kamplos aufgeben würden, war zu erwarten. Schließlich hatte insbesondere die Kurdistan-Solidarität massive und völlig überzogene Repressionen von Seiten der Staatsmacht hinnehmen müssen. Wer von Angehörigen polizeilicher Sondereinheiten zusammengeschlagen wurde, weil er ein Papierfächchen der in Deutschland verbotenen kurdisch-nationalistischen PKK-Vorfeldorganisation ERN auf einer Demonstration zeigte, wird nur schwer einsehen, dass dieser Opfermut einem fragwürdigen Anliegen galt. Die Rückzugsgefechte der Solidaritätsbewegungen dokumentiert die Gruppe Demontage anhand der Reaktionen auf einer Vortragsreise, die sie durch die deutschen Alternativ- und Szenezentren unternahm.

geka

Irit Neidhardt und Willi Bischof (Hrsg.): *Wir sind die Guten – Antisemitismus in der radikalen Linken*. Münster: Unrast 2000. ISBN: 3-89771-400-0, 188 Seiten, 30 Mark.

Reza H. kämpft gegen das Regime im Iran

Abschiebung droht

Reza Hashemizadeh hat Angst, Angst vor dem Tod – denn es droht ihm die Abschiebung in den Iran. Dort war er als Mitglied der Arbeiterkommunistischen Partei des Irans (A.K.P.I.) in der politischen Opposition engagiert, kritisierte das islamische Regime in Teheran, wurde mehrfach verhaftet, für Monate inhaftiert und gefoltert.

Vor sechs Jahren flüchtete der 28-jährige nach Deutschland, stellte einen Antrag auf politisches Asyl. Jetzt droht ihm die Abschiebung – vom Verwaltungsgericht Gelsenkirchen wurde sein Asylantrag endgültig abgewiesen, wie bei etwa 90% aller iranischen Flüchtlinge. Denn nach der Rechtsprechung deutscher Gerichte ist der Iran ein sogenannter sicherer Staat – was Reza Hashemizadeh nicht nachvollziehen kann: „Allein seit Beginn des letzten Jahres wurden im Iran 200 Personen exekutiert. Ich bin mir sicher, dass ich im Iran hingerichtet würde.“ Bekannt ist, dass Flüchtlinge, die unter Zwangsmaßnahmen in den Iran zurückgeschickt werden, besonders gefährdet sind, denn das unerlaubte Verlassen des Landes bzw. das Ersuchen von Asyl in einem anderen Land wird vom iranischen Staat als politische Straftat gewertet. Manchmal ist von der Inhaftierung und Hinrichtung von Abgeschobenen zu lesen, zumeist machen es die repressiven Verhältnisse im Iran unmöglich, mehr über das Schicksal der gewaltsam Zurückgeführten

zu erfahren, außer der Information, dass sie direkt nach ihrer Ankunft verhaftet worden sind.

Sofortiger Stopp der Abschiebungen

Deshalb fordert der Verein Hambastegi – Föderation iranischer Flüchtlinge/Verband Deutschland einen sofortigen Stopp der Abschiebungen in den Iran und politisches Asyl für alle iranischen Flüchtlinge und sieht Rezar Hashemizadehs Leben akut bedroht. Nicht zuletzt, weil er sich auch nach seiner Flucht weiterhin politisch engagiert hat und zu den bekanntesten Gesichtern der oppositionellen Bewegung gegen das islamische Regime gehört. So demonstrierte er noch am 11. Juli dieses Jahres in Berlin gegen den Besuch des iranischen Präsidenten Khatami und war auch einer der Aktiven, welche im letzten Jahr gegen eine „Iran-Konferenz“ im Haus der Kulturen der Welt protestierten. Dies wurde von iranischer Seite beobachtet und die Mitglieder mehrfach im iranischen Fernsehen gezeigt.

Um auf die Situation im Iran und die Bedrohung seines Lebens und das anderer IranerInnen aufmerksam zu machen, organisierte Reza Hashemizadeh in der letzten Zeit verschiedene Protestaktionen. In den Räumlichkeiten des Dortmunder ASTA veranstaltete er zusammen mit zwanzig weiteren iranischen Flüchtlingen tagelang einen Sitzstreik

und koordinierte vom 6. bis 8. Juli einen weiteren mit 30 MitstreiterInnen im Bochumer Falkenheim an der Akademie-miestraße. Auch vor dem Bochumer Rathaus demonstrierte er gemeinsam mit anderen IranerInnen gegen seine geplante Abschiebung

Bleiberecht für alle – Bleiberecht für Reza Hashemizadeh

Der Fall von Reza ist kein Einzelfall, Tag für Tag werden Menschen abgeschoben, in den Iran, die Türkei, den Kongo. Zu sagen, ihr Schicksal wäre ungewiss, wäre nicht die ganze Wahrheit. Für die meisten Flüchtlinge, die abgeschoben werden, bedeutet die Abschiebung mit Gewissheit die Rückkehr in Folter, für viele den Tod – verzweifelte Selbstmorde und Suizidversuche in Abschiebehaft sind dafür ein trauriger Beleg. Denn niemand flieht ohne Grund.

jas



Donnerstag, 19. Juli

Linkes Netzwerk

Der Konflikt im Bahnhof Langendreer
19.45 Uhr, Bf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Freitag, 20. Juli

Bicycle III

Raddemo
18 Uhr, Hauptbahnhof Bochum

Mittwoch, 25. Juli

Das Kapital lesen!

Lektürekurse für AnfängerInnen
16.00 Uhr, Ruhr-Uni (Raum GC 04/159), Bochum

SOMMERCAMPS

Das Antifa-Workcamp in Buchenwald bedeutet neben politischen Diskussionen und ein wenig Urlaub ganz reale Arbeit (zur Erhaltung der Gedenkstätte). Die lange Tradition (des mit Abstand traditionsreichsten Camps) scheint der Beweis, dass diese Kombination funktioniert. In der selben Woche startet zum sechsten Mal das sogenannte A-Camp. Das A steht dabei für Anarchie. Dementsprechend trifft mensch dort vorzugsweise Anarchos/as. Dies scheint das Camp mit dem größten Urlaubscharakter zu sein. Neben den inhaltlichen AGen verspricht das A-Camp einen hohen Aktivitätscharakter zu besitzen – mit Baumklettern, Schlösser knacken und Selbsterfahrungskursen.

Gleich anschließend kündigt sich in der Nähe das nicht weniger durch den Stil des Anders-Leben geprägte Wendland-Camp aus der Anti-Atom-Bewegung an. Hier im Mythen umwobenen Wendland wird die Utopie ganz groß geschrieben. Dazu gehört nach Ansicht der InitiatorInnen neben Kinderbetreuung auch Meditation.

Im nordöstlichen Zipfel Dunkeldeutschlands laden der Jugendverband JungdemokratenInnen sowie der Studierendenverband LiRa unter dem Motto „Das linke Camp zur rechten Zeit“ (am rechten Ort möchte mensch hinzufügen) stehen neben dem Urlaubscharakter Diskussionen auf der Tagesordnung.

Bleibt nur noch das Grenzcamp – zweifellos die Königin unter den Sommercamps – zu erwähnen. Das Grenzcamp, welches nun dreimal mit wachsender Beteiligung an der deutschen Ostgrenze stattfand, nimmt sich einem neuen Thema an; die innerstaatlichen Grenzen. Speziell die Abschiebungen vom größten deutschen Abschiebe Flughafen sollen Thema sein. Hier erwarten die TeilnehmerInnen neben dem Campleben viele Aktionen.

21. bis 28. Juli 2001

Antifa-Workcamp, Weimar/Buchenwald
Kontakt: Infoladen „Volk & Wissen“, Schlachthofstr. 25, 06844 Dessau
Info 034953-39621, Email: workcamp@gmx.de
Infos: <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/rotkaepchen/websites/work.htm>

21. bis 29. Juli 2001

A-Camp auf den Wiesen rund um Burg Lutter
Kontakt: a-camp.c/o Infoladen, St. Pauli Str. 10-12, 28203 Bremen
E-Mail: a-camp2001@gmx.net
Infos: <http://www.a-camp.de>

28. Juli bis 5. August 2001

Wendland-Camp
Kontakt: Wendlandcamp, c/o Roter Buchladen, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen
Telefon: 0421/4303800 (Mathias), email: Mathias.Palm@gmx.net
Infos: <http://www.sommer-im-wendland-camp.de>

27. Juli bis 5. August 2001

Viertes antirassistische Grenzcamp am Frankfurter Flughafen
Kontakt: Camp, c/o Drittes Welt Haus, Falkstraße 74, 60487 Frankfurt/Main
Telefon: 069/79201772 (Mittwochs 18 bis 22 Uhr), Fax: 069/78960399, E-Mail: dwhffm@t-online.de
Infos: <http://www.aktivgegenabschiebung.de/camp01>

27. Juli bis 5. August 2001

Das linke Camp zur rechten Zeit – in Gager auf Rügen
Kontakt: JungdemokratInnen/Junge Linke, Greifwalder Straße 4, 10405 Berlin
Tel.: 030/44024864, Fax: 030/44024866, E-Mail: sommercampa@djil.org
Infos: <http://www.linkeessommerncamp.de>



Was hat die Wahl eines Nachfolgers des Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees, Juan Antonio Samaranch, und die Vergabe der Olympischen Sommerspiele 2008, an Beijing, mit dem Ruhrgebiet zu tun? Warum führen weniger, oder wenigstens gleichviele, Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China zu mehr Menschenrechtsverletzungen im Ruhrgebiet? Fragen über Fragen, und nur WAZ und bsz kennen die Antwort.

Die Stichworte zur Auflösung dieses Rätsels lauten, allerdings nicht unbedingt in dieser Reihenfolge: Olympia, Meinungen und Milliarden. Es wird die WAZ wohl Milliarden kosten, mit ihrer Kampagne weiter Stimmung für eine Olympiade im Ruhrgebiet zu machen, an der, unter anderem sie, dann andere Milliarden verdienen könnte. Die Chancen für dieses Unterfangen sind seit dem Zuschlag für Beijing natürlich gestiegen, suchen die Olympioniken die Kontinente doch nacheinander heim (2000 Australien, 2004 Europa, 2008 Asien). Die Stimmung für dieses neueste Milliardenloch (selbst die Defizite der EXPO 2000 sind bis 2008 wahrscheinlich noch nicht ausgeglichen) im Ruhrgebiet ist gut. Jedenfalls in vom WAZ-Konzern, dem Hugenberg des Ruhrgebiets, kontrollierten Redaktionen und einigen Amtsstuben, in denen sich Bürgermeister Sorgen um ihre („politische“) Zukunft in der drohenden Ruhrstadt machen. Wer keine mächtigen Freunde hat und auch sonst keine herausragenden Qualitäten, wird sich bei dem Versuch, Regierender Bürgermeister von Ruhrstadt zu werden sicher schwer tun, da hilft der Karriere die eine oder andere Großveranstaltung, und selbst eine Bewerbung ist eine Großveranstaltung, ohne Zweifel weiter. Für solch gute und edle Zwecke lässt sich aber auch so leicht so viel Geld ausgeben. Metrorapid gefällig? Braucht zwar niemand, und kann auch niemand bezahlen, aber für Olympia gut angelegtes Geld. Richtig teuer wird es allerdings erst, sollte die WAZ wirklich den Zuschlag bekommen und die Leistungsschau der Pharmaindustrie wirklich in Düsseldorf, Dortmund, Bochum stattfinden.

Was soll „verkürzter Antikapitalismus“ sein?

Vom Kirchentag zu Proudhon und zurück

Auf dem diesjährigen evangelischen Kirchentag wurde auf einer demonstrationsartigen Veranstaltung vor der Kulisse der Frankfurter Bankengebäude ein symbolischer Akt vollzogen: Teilnehmer brannten Löcher in mitgebrachte echte Geldscheine, um „den Zins auszubrennen“. Die versammelten Protestanten beriefen sich außerdem positiv auf zinsächtende Verordnungen aus dem Mittelalter.

Dieses Mal noch belieben sie es bei der symbolischen Aktion an dem Objekt, welches diejenigen Gemüter erregt, die meinen, sie seien gesellschaftskritisch (zumindest gegenüber einem ‚Josgelassenen‘ oder ‚unethischen‘ Kapitalismus), und sie vergrieffen sich nicht an denen, die traditionell, seit eben jenem Mittelalter, auf deren Ethik die Nicht-Katholiken sich beriefen, mit Geld, Zins, ‚Wucher‘ und der Zirkulationssphäre überhaupt identifiziert und deswegen immer wieder an Stelle des gesellschaftlichen Prinzips belangt werden: an den Juden. So folgendes für das System das Vergreifen ihrer altvorderen Glaubensbrüder an dem Ersatzsubjekt ‚Jude‘, genauso ungefährlich war diese moderne Zinsausbreitung: damals war ‚der Jude‘ der Sack, den man statt des Esels unter stillschweigender bis anfeuernder Duldung weltlicher wie geistlicher Autorität schlug; heute konnten sie die versehrten Banknoten mühelos eintauschen. (Doch misse man nicht den Idealismus der Tat! Richtig gefährlich wird die Agitation gegen ‚den Zins‘ und der damit reflexartig verbundene Antisemitismus, wenn er der hehren Ziele wegen betrieben wird.)

Eine ‚Kritik des Geldes‘ ist populär: als Ressentiment gegen den sittenverderbenden ‚Mammonismus‘, gegen Zügel- und Verantwortungslosigkeit; und v.a. ist sie konform ebendort, wo sie am radikalsten zu sein scheint.

Pierre-Joseph Proudhon, einer der theoretischen und praktischen Urväter des Anarchismus, verdammt das Geld an sich. Würde es abgeschafft, wie es rollt und klingt, dann wäre den negativen Auswüchsen des Kapitalismus der Boden entzogen. An Geldes Stelle sollten ‚Stundenzettel‘ für geleistete Arbeit treten, verwaltet von einer riesigen ‚Tauschbank‘, an der es dann wäre, das zu tun, was im normalen kapitalistischen

Geschehen das blinde Wertgesetz erledigt: die Bewertung der einzelnen Arbeiten und deren Vergleichung untereinander nach einem imaginierten (und, en passant: nie ermittelbaren) aktuellen Durchschnittswert; die Verteilung der Güter wie sie benötigt werden; die Diktatur also über die Arbeiten und Bedürfnisse der Einzelnen. Proudhon protestierte gegen die bürgerliche Gesellschaft mit dem, was ihre Konstituenten wie ihr ideologischer Ausdruck ist: Freiheit – des Individuums, sich als Ware begreifen und verkaufen zu dürfen; Gleichheit – der Einzelnen vor dem, was sie als abstrakte gleiche Individuen setzt, vor Staat & Kapital. Freiheit und Gleichheit in bürgerlicher Gesellschaft sind die gesellschaftlichen Existenzialien der Menschen, damit sie so frei und gleich sind, um ein ökonomisches System in Gang setzen zu können, das ihnen die Freiheit im selben Zug wieder abnimmt, wenn sie verwirklicht wird und sich bei den Menschen als Selbstbewusstsein bildet.

Die ‚Freigeldlehre‘ eines Silvio Gesell, eines späteren Anarchisten, setzte die Radikalisierung des Liberalismus gegen die real existierende Marktwirtschaft fort. Er geht aus vom bürgerlichen Individuum, von der Lohnarbeit und von der Warenproduktion. Diese basalen Kategorien, die ihrerseits spezifische gesellschaftliche Bedingungen haben und historisch geworden sind, werden als Naturform menschlichen Umgangs verewigt. Wenn diese sich nur frei entfalten könnten, ohne dass Macht und Einfluss von konzessionierten Geldverleihern dazwischen träten, dann wären Freiheit & Gleichheit garantiert und Ausbeutung ausgeschlossen. Hier ist nicht das Geld das Problem, sondern dessen Einschränkung durch staatlich eingesetzte Monopole. Der Anti-Etatismus gegenwärtiger Gesell-Schüler (die sich bspw. auf den Seiten des Ruhrgebiets tumeln) singt das Hohelied des Neoliberalismus, bspw. wenn sie sich gegen die „gesetzliche Monopolisierung sozialer Funktionen“ aussprechen. Ohne es zu wissen beten sie die urbürgerliche Ideologie von Mandeville bis Adam Smith nach, das Verfolgen egoistischer Interessen müsse zum allgemeinen Wohl ausschlagen, nur dass Gesell & Co. eine Spur mehr Sozialdarwinismus eingebaut haben.

Der Antisemitismus des NS erhob den Überlebenskampf im Pseudo-Naturzustand zum Prinzip allen Handelns und brachte die ‚antikapitalistische‘ Denkform auf den Punkt, indem er das abstrakte Prinzip kapitalistischer Vergesellschaftung in der Gestalt ‚des Juden‘ personifizierte. Er baute nur weiter aus, was in der Kritik des Alltagsverständes bereits angelegt

ist: die Aufspaltung des Kapitalprozesses in ‚raffendes‘ („internationales Finanzjudentum“) vs. ‚schaffendes Kapital‘ („ehrliche dt. Arbeit von Stirn und Faust“).

Alle Formen eines sog. ‚Anti-Kapitalismus‘, die ihre Kritik am Geld oder an der Art seiner Verwendung festmachen, weil sie meinen, hier das Mysterium von Mehrwertproduktion und Ausbeutung dingfest machen zu können, reißen auseinander, was zuinnerst zusammengehört. Das Geldwesen scheint dem gesellschaftlichen (Re-)Produktionszusammenhang nur äußerlich hinzuzutreten; die geldwerte Gesetztheit von Arbeit als Lohnarbeit und der Produkte als Waren werden nicht als notwendige und bestimmende Momente des gesellschaftlichen Zusammenhangs erkannt. Die Ware soll das eine sein – ihr geldwerter Ausdruck das andere; Lohnarbeit soll das eine sein – Ausbeutung das andere; die ‚ehrliche‘ Arbeit, das industrielle Kapital etc. soll das eine sein – die Kapitalbewegung als Zins und an der Börse das andere. Eine Kritik des Kapitalismus und seiner Gesellschaft ist unter dem Niveau von Karl Marx’ Kritik der politischen Ökonomie nicht zu haben. Aber dies nur als Hinweis; darum soll es hier nicht gehen.

Man kann darüber streiten, wie gerade der Weg von der ‚Geldkritik‘ zum Antisemitismus ist. Antisemitische Äußerungen wird man bei Gesell & Co. vergebens suchen – wenn man darunter Judenfeindlichkeit versteht. Fest steht, dass keine Kritik am Kapitalismus geleistet wird, weil dieser gar nicht verstanden wurde, sondern begrifflos abgebildet und weitergesponnen, in seinen Grundlagen naturalisiert und, zum Natursatz erhoben, radikalisiert propagiert wird. Fest steht, dass der antisemitische ‚Antikapitalismus‘ die behäbige gepflegte Alltagswahrnehmung des Kapitalverhältnisses nur aufzugreifen braucht. Vielleicht kann man sagen, dass skizzierter ‚Antikapitalismus‘ ein Antisemitismus im Wartestand ist, der seinen Juden noch nicht gefunden, zu dem es ihn historisch aber immer wieder getrieben hat. Die Bezeichnung „verkürzter Antikapitalismus“, mit dem manch Linker einem anderen paternalistisch auf die Schulter klopft, ist ein Widerspruch in sich selbst und verhasstlos das Treiben derer, die überall die Schuldigen suchen, nur nicht bei ihrem narzisstisch besetzten

Selbst, das genau den Prozess am Laufen hält, von dessen negativen Folgen es verschont bleiben möchte, dessen Resultate es sich nicht als Folge des eigenen Handelns zurechnen lassen möchte.

fake

Literaturtipps:

Rakowitz, Nadja (2000) *Einfache Warenproduktion*, Freiburg.

Helms, Hans G. (1966) *Die Ideologie der anonymen Gesellschaft*, Köln.

:bszkonsumterror Retroeis

Wen wundert’s: Auch Langnese will von der Retrokonsumwelt profitieren. So ist in diesem Sommer nach Jahren wieder der Flutschfinger („Irgendwie total Eighties“, Langnese) auf der Eis-am-Stiel-Karte zu finden. Nicht aber: Brauner Bär, der allein wegen der Farben (braun und hellbraun) eigentlich viel retroer ist. Um die besten Milchspeiseeiskindheitserlebnisse (Eis mit K a r a m e l - G e - schmack, Karamellkern und kakao-haltiger Fettglasur) zu wiederholen, sind die Hürden höher gesetzt, Budenbesitzer bestreiten sogar die Existenz von Brauner Bär. Wie es die wirren Verteilungsstrukturen des Kapitalismus so wollen, gibt es Brauner Bär („Er reitet wieder“, Langnese) v.a. an Tankstellen (z.B. Brenscheder Straße; Nordring).

Aber Achtung, der schöne Schein kann trügen: Im Sommer 1995 war der erste Versuch der Wiedereinführung (Ersterscheinung: 1974) von Brauner Bär gescheitert, er wurde schon in der nächsten Saison wieder abgesetzt.

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Daniel Kloda (dek), Hans Martin Krämer (hmk), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Andrea Manske (am)

V.i.S.d.P.: Daniel Kloda (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen

Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>



früher „la libreria“

Wartburgstr. 7 – „Am Stern“

44892 Bochum-Langendreer-West

Telefon: 02 34 / 9 27 05 92

Telefax: 02 34 / 9 27 05 91

E-Mail: ruhrbuch@aol.com

<http://www.ruhrbuch.de>

Neueröffnung!

- **allgemeines Sortiment**

- **pädagogisches Sortiment**

- **Lehrmittel**

- **AOL-Regionalstelle**

- **Verlag a.d. Ruhr-Depot**